die Neubildung des Kabinetts ermöglicht haben. Aber auch dann wäre die Regierung zum mindesten in ihrer Handlungsfreiheit eingeengt, und gerade das sollte jetzt vermieden werden. Gewiß hat der Gedanke manches für sich, daß das Ausland durch den Rücktritt desjenigen Kanzlers, dem es immer wieder sein Vertrauen bekundete, eine deutliche Antwort auf den unerhörten Genfer Beschluß bekommt, aber wichtiger ist jetzt, daß den sachlichen Notwendigkeiten Rechnung getragen wird.

Binnen acht Tagen müssen wir Bevollmächtigte ernennen, die mit den Polen die Verhandlungen über die Durchführung der wirtschaftlichen Übergangsmaßregeln führen sollen. Da darf keine Zeit versäumt werden, um diese überaus wichtigen Konferenzen gründlich vorzubereiten, denn sie sind augenblicklich der einzige Weg, auf dem vielleicht noch eine Erleichterung unserer schweren Zwangslage erzielt werden kann. Es wäre daher im Augenblick auch nach der Ansicht zahlreicher Parlamentarier aus den verschiedensten Parteilagern das zweckmäßigste, wenn das Kabinett Wirth vorläufig wenigstens im Amte bliebe. Das neue harte Diktat erkennt an, daß für uns wie für die Polen aus dem neuen Zustand Aufgaben von internationaler Tragweite erwachsen. Man sieht auch drüben ein, daß man ohne unsere freiwillige Mitarbeit nicht am Rande des Abgrundes vorüber kommt, in den die Zerreißung Oberschlesiens die europäische Wirtschaft zu stürzen droht. Wir selbst haben keine Ursache, die Fehler unserer Feinde gut zu machen, wohl aber haben wir das größte Interesse daran, den Ruin Oberschlesiens diesseits und jenseits der neuen Grenze zu verhindern. Wir kehren auf diesem für uns so überaus schmerzlichen Wege in die internationale Politik zurück. Jetzt ist nicht Zeit, innere Streitigkeiten auszufechten, sondern zu erkennen, daß unser Teil, das uns nach dem Spruche von Genf verbleibt, nicht nur in bitteren Verlusten, sondern vor allem in großen neuen Aufgaben besteht, an die wir ungesäumt auf der Grundlage innerer Einigung in zielbewußter Arbeit herangehen müssen. —m.

•

Der Eindruck in Berlin.

Obwohl ein abschließendes Urteil über die Note noch von keiner amtlichen oder sonstigen politischen Seite bisher vorliegt, sei doch verzeichnet, was der Vorwärts über den Eindruck in Berlin berichtet. Das Blatt erklärt, in Berlin stehe man unter dem starken Eindruck, daß die Entscheidung noch ungünstiger ist, als das nach den ersten Veröffentlichungen zu erkennen war. Die Wirkung dieser Tatsache auf die bürgerlichen Fraktionen, zumal auf die Demokraten und die Deutsche Volkspartei, sei unverkennbar. Die Stimmung gegen das Kabinett Wirth habe sich verstärkt. Es bestehe die Absicht, neue Verhandlungen mit der Entente anzubahnen. Auch aus führenden englischen Wirtschaftskreisen würden Stimmen gegen die oberschlesische Entscheidung laut, die sich mit dem deutschen Urteil über die wirtschaftlichen Folgen dieser neuen Gewaltat decken. Die englische Regierung aber scheine fest auf der Entscheidung von Genf zu beharren. — Es sei betont, daß dieser Stimmungsbericht durchaus auf subjektiven Eindrücken beruht, sodaß weitgehende Folgerungen daraus noch nicht gezogen werden können.

Die neue Grenze.

Königshütte und Kattowitz polnisch.

Die nach den Genfer Beschlüssen festgesetzte Trennungslinie durch das Abstimmungsgebiet verläuft von der alten Grenze bei Oderberg zunächst bis unweit Ratibor entlang der Oder. Dann biegt sie im rechten Winkel nach Nordosten, läuft im Bogen östlich um Beuthen herum, um wieder in nordwestlicher Richtung bis über die Malapane zu ziehen. In weitem Bogen Lublinitz umkreisend stößt sie etwa in der Höhe von Tschenstochau auf die alte

schlesisch-polnische Grenze. Durch diese Linie werden von wichtigeren größeren Städten Rybnik, Pleß, Kattowitz, Königshütte, Tarnowitz und Lublinitz von Deutschland abgerissen.

Nach Kreisen geordnet stellt sich der Verlust wie folgt dar: Deutschland verliert den südöstlichen Teil des Kreises Ratibor, den Kreis Rybnik bis auf die Nordwestecke, den Kreis Pleß, den Südostzipfel des Kreises Gleiwitz und fast zwei Drittel des Kreises Hindenburg, Stadt und Landkreis Kattowitz, Kreis Königshütte, den Süd- und Ostteil des Landkreises Beuthen, während die Stadt selbst deutsch bleibt, sowie endlich die überwiegenden Teile der Kreise Tarnowitz und Lublinitz einschließlich der Städte und der wichtigsten industriellen Anlagen.

Was uns verloren geht.

Die Zukunft der Kohlengruben gefährdet.

Die Grenzlinie, die nun das oberschlesische Kohlen- und Industrierevier in zwei Teile zerreißt, ist bekanntlich auf Grund von Vorschlägen einiger Sachverständiger gezogen worden. In der Tat gewinnt man beim Nachprüfen der Wirkung dieser Trennung den Eindruck, daß diese Herren mit sehr großer Sachkenntnis vorgegangen sind, allerdings nicht etwa, um auf Grund ihrer Wissenschaft die Lebensnotwendigkeiten der zerrissenen Provinz selbst zu wahren, sondern vielmehr, um eine Lösung zu finden, die das Deutsche Reich seiner wirtschaftlichen und industriellen Kraftquellen in weitgehendem Maße beraubt. Die Franzosen erblicken ja in dem Industriegebiet letzten Endes immer nur die „Waffenschmiede" Deutschlands für einen künftigen Revanchekrieg, den sie wohl mehr auf Grund ihres schlechten Gewissens als irgendwelcher kriegerischer Pläne des entwaffneten Deutschlands so sehr fürchten, daß ihre ganze Politik im wesentlichen von dieser gänzlich unbegründeten Angst bestimmt wird. Deshalb kam es ihnen in erster Linie darauf an, daß Deutschland unter allen Umständen der

oberschlesischen Kohlen- und Erzlager

so weit, als es mit irgend welchen Scheingründen nur zu bemänteln ging, beraubt werden mußte. Die genauen Studien der Sachverständigen haben denn auch ein Resultat ermöglicht, mit dem man nicht nur in Warschau, sondern vor allem in Paris überaus zufrieden sein kann. Im Kreise Rybnik verliert Deutschland alle erschlossenen und unerschlossenen Kohlenvorräte, ebenso im Kreise Pleß und im Kreise Kattowitz. Der Verlust an Kohle dürfte

die Hälfte der oberschlesischen Förderung,

die vor dem Kriege 43 Millionen Tonnen betrug, überschreiten. Der Verlust an Kohlenvorräten ist unverhältnismäßig viel größer, da allein mit den Kreisen Pleß und Rybnik die noch unerschlossenen Kohlengebiete mit Lagern von 42 Milliarden Tonnen bis zu tausend Meter Tiefe ausfallen, ferner der Kreis Kattowitz mit 5,5 Milliarden Tonnen und dazu noch kleinere Vorräte im Kreise Hindenburg und Beuthen. Mit dem

Verlust des Zinkgebietes

verliert Deutschland seine Vormachtstellung als Zinkproduzent und wird für diesen wichtigen Rohstoff so gut wie vollständig auf den Auslandsbezug angewiesen. Ein erheblicher Teil der Devisen, die heute zum Rohstoffeinkauf zur Verfügung stehen, wird zur Bezahlung von Kohlen- und Rohstoffbezügen notwendig sein. Der Schaden, den Deutschland besonders im Hinblick auf seine Zukunft erleidet, ist deshalb so groß, weil die Ausbeutung der uns verbliebenen Kohlenfelder schon sehr weit fortgeschritten ist. Für Sachsen und Thüringen, die viel oberschlesische Kohle bezogen, wird sich der Ausfall verschärft geltend machen. Wohl ist die Möglichkeit gelassen, für die nächsten 15 Jahre Rohstoffe aus dem polnischen Teile Oberschlesiens zu beziehen. Ob die Lieferungen erfüllt werden, ist fraglich.

Eine Gesamtschätzung

nach den Berechnungen eines französischen Blattes ergibt, daß Polen durch die Teilung Oberschlesiens 48 Prozent, d. h. 973 000 Einwohner des Industriegebietes zugesprochen werden. Polen erhält 82 Prozent der Kohlenförderung, 51 Prozent der Kokserzeugung, 65 Prozent der Schmelzeisenerzeugung, 70 Prozent der Stahlproduktion und die gesamten Zinn- und Zinkgruben. — Eine weitere mittelbare aber ebenfalls äußerst empfindliche Schädigung Deutschlands, die mit dem Verlust dieser reichen Gebiete zusammenhängt, wird sich in der

Einbuße an Steuerkraft

zeigen. Uns wird jetzt Gebiet fortgenommen, das ungeheure Produktionserweiterungen zuließ, eine große Zahl von industriellen Werken fällt mit ihrer Steuerkraft sogar schon jetzt aus. Wenn der Völkerbund diese Trennungslinie durchgesetzt hat, so wird der Oberste Rat daraus den Schluß ziehen müssen, daß eine Grundlage für die künftige Überschußproduktion Deutschlands und damit die Möglichkeit für die Erfüllung des Ultimatums im bisherigen Umfange nicht mehr vorhanden ist.

Das große Unrecht.

Pressestimmen zum Genfer Urteil.

Obwohl während des augenblicklichen Konfliktes im Berliner Zeitungsgewerbe die meisten Blätter fehlen, seien doch einige charakteristische Stimmen verzeichnet, die allerdings keine erschöpfende Übersicht über das Urteil der öffentlichen Meinung geben können.

Die Deutsche Zeitung setzt als selbstverständlich voraus, daß die deutsche Regierung nicht nur die Entscheidung des Obersten Rates über die Grenzfestsetzung, sondern auch die sogenannten „Empfehlungen" des Völkerbundsrates, in Oberschlesien einen wirtschaftlichen Halbstaat unter deutscher und polnischer Leitung und mit einem neutralen Präsidenten an der Spitze zu schaffen, als rechtswidrig und dem Vertrag von Versailles nicht entsprechend zurückweisen wird.

Der Vorwärts meint, der von der Entente gewählte Weg sei offensichtlich von dem Bestreben bestimmt, der gefällten Entscheidung ihren vertragswidrigen Charakter zu nehmen, er werde aber in Wirklichkeit nur verschleiert. Denn das, was von den wirtschaftlichen Bestimmungen zu bindendem Recht für beide Teile erklärt wird, greife weit über den Vertrag von Versailles hinaus. Nur in manchen Fällen öffnen sich noch Verhandlungsmöglichkeiten, während im übrigen ein Zwang ausgeübt wird, für dessen Ausübung sich im Dokument von Versailles keine Rechtsgrundlage findet.

Auch die Blätter in Österreich verurteilen den Genfer Spruch auf das schärfste. Die Wiener Reichspost schreibt: Der Völkerbund hat mit diesem Schiedsspruch sich selbst als einem Werkzeuge von politischen Machtgruppen das Urteil gesprochen. Durch diese neue Vergewaltigung des deutschen Volkes wird aber auch der ganzen zivilisierten Welt schwerer Schade zugefügt, denn das Unrecht zehrt an der sittlichen Kraft aller Völker.

Das Neue Wiener Tagblatt sagt: Was hier am deutschen Volke verbrochen werden soll, ist so furchtbar, daß bis in die letzten Tage hinein die Stimmen der Warner auch bei der Entente nicht verstummt sind. Leider wird man jetzt aber die Hoffnung auf Einkehr in letzter Stunde wohl aufgeben müssen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verhandlungen in Koblenz über den Grenzverkehr.

Die vertagten Verhandlungen in Koblenz über die Ausgestaltung des interalliierten Organs zur Kontrolle der Handhabung des Aus- und Einfuhrsystems im besetzten rheinischen Gebiet durch die deutschen Behörden sollen nunmehr am 24. Oktober beginnen. Die unter Führung des Gesandten von Mutius stehende deutsche Delegation hat eine Einladung von dem interalliierten Sachverständigenkomitee in Koblenz erhalten.

Aufbesserung der Beamtengehälter.

Dem Vernehmen nach ist das Reichsministerium des Innern mit den Spitzenorganisationen der Beamtenschaft in Verbindung getreten, um die Aktion vorzubereiten, welche die Beamten einigermaßen vor den Folgen der neuesten Geldentwertung schützen soll. Man hofft, die Vorarbeiten mit den Beamtenorganisationen soweit fördern zu können, daß dann die Verabschiedung der neuen Zulagen in den Parlamenten möglichst rasch erfolgen kann, damit die Beamten nicht zu sehr in eine wirtschaftliche Notlage geraten. In diesem Sinne arbeitet die Reichsregierung auch mit den Landesregierungen zusammen. Die Absichten gehen zuletzt dahin, nicht mehr die Teuerungszulagen zu erhöhen, da nicht mehr damit gerechnet werden kann, daß die Teuerung in kurzer Zeit zurückgeht, sondern eine gründliche Aufbesserung bei den ordentlichen Gehältern selbst vorzunehmen.

Keine Sonderstellung der Schutzpolizei.

In Berlin tagte der Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands, in dem die große Mehrzahl der gesamten deutschen Polizeibeamten vereinigt sind. Es wurde Stellung genommen gegen die von Regierungen einzelner Bundesstaaten, insbesondere von Preußen, beabsichtigte Schaffung eines Beamtensondergesetzes für die staatliche (grüne) Polizei. Auch andere Beamtengewerkschaften, insbesondere der Deutsche Beamtenbund als Spitzenorganisation, waren vertreten. Vom beamtenrechtlichen Standpunkt verwarf der erste Referent Geheimrat Groß jede beamtenrechtliche Sonderstellung der Polizeibeamten und forderte die Unterstellung dieser Beamten unter das für alle Beamten geltende Beamtenrecht. Für den Deutschen Beamtenbund sagte Ministerialrat a. D. Falkenberg tatkräftige Unterstützung dem Reichsverbande zu. Ein Vertreter der Reichseisenbahngewerkschaft versicherte die Polizeibeamtenschaft der Solidarität der Eisenbahnbeamten.

Ablieferung deutscher Flugzeuge.

Im englischen Unterhaus teilte der englische Unterstaatssekretär für das Flugwesen mit, daß die deutsche Regierung sich bereit erklärt habe, den Alliierten 250 Zivilflugzeuge auszuliefern, die seit Inkrafttreten des Friedensvertrages gebaut wurden. Inzwischen sei der gesamte Bau von Flugzeugen in Deutschland eingestellt worden, bis die Alliierten sich davon überzeugt haben, daß die Abrüstung in Flugzeugen vollständig ist. Die Alliierten sind der Ansicht, daß eine Verletzung des Versailler Vertrages vorgelegen habe.

Aus In- und Ausland.

Jena. Das Thüringer Kabinett hat nunmehr auch den Ministerpräsidenten gewählt. Der Minister für das Wirtschaftsministerium, Fröhlich, hat den Vorsitz im Kabinett übernommen.

Köln. Der Kölner Polizeipräsident hat die Rheinische Republik, das Organ der rheinischen Separatisten, für die Dauer eines Monats verboten. Das Verbot stützt sich auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 22. Oktober 1921.

Merkblatt für den 23. und 24. Oktober.

Sonnenaufgang	6^{41} (6^{43})	Mondaufgang	10^{18} N. (11^{41} N.)
Sonnenuntergang	4^{49} (4^{48})	Monduntergang	12^{49} N. (1^{29} N.)

23. Oktober. 1801 Komponist Albert Lortzing geb. — 1805 Dichter Adalbert Stifter geb. — 1842 Sprachforscher Wilhelm Gesenius gest.

24. Oktober. 1648 Westfälischer Friede zu Münster und Osnabrück: Ende des dreißigjährigen Krieges. — 1795 Dritte Teilung Polens. — 1796 Dichter August Graf v. Platen-Hallermund geb. — 1917 Beginn der 12. Isonzoschlacht.

☐ **Des Geldes Wert und Unwert.** Jemand hat ein Stück Seife. Sein Besitz erscheint ihm zu klein. Er nimmt daher eine Schüssel mit Wasser und verwandelt seine Seife in Schaum. Dieser Schatz an Seifenschaum ist nun zwar ziemlich umfangreich, wird aber bald zu einer trüben Flüssigkeit, die zudem schnell verdirbt. Genau so geht es uns mit unserer Valuta. Der Lohn- oder Gehaltsempfänger kann sich den Vorgang auch folgendermaßen veranschaulichen: Früher verdiente er hundert Mark, jetzt sind es tausend Groschen, und bald werden es zehntausend Pfennige sein. Vielleicht müssen wir noch die Dezimalrechnung zu Hilfe nehmen. Am 2. Januar 1920 kostete eine deutsche Mark in Newyork 8,1 Pfennig Friedenspreis, seitdem ist sie, mit einigen Rückschlägen, dauernd gefallen, gegenwärtig kostet sie weniger als 3 Pfennig. An diesem Weltwert unserer Mark, also an der Valuta, gemessen, sind unsere Lebensbedürfnisse, aber auch unsere Einkünfte, zurzeit so „billig" wie in der guten alten Zeit. Sieht man die Sache von dieser Seite an, so ist selbst der niederdrückende Zustand der dauernden Markentwertung nicht ganz ohne Licht und Segen, denn er versetzt uns in die Lage, immer mehr Arbeiter und Angestellte zu beschäftigen, so daß bei uns die Zahl der Arbeitslosen sinkt, während sie in andern Ländern fortgesetzt steigt. Freilich müssen wir uns an ein schlichtes Leben gewöhnen und müssen auf jede Auslandszufuhr, außer von Rohstoffen, Verzicht leisten, und zwar bewußt und freiwillig. Dann werden wir auch die Prüfungen dieser Zeit überstehen, und bessere Zustände werden eintreten. Aber man halte seine Hände rein und betrüge sich nicht selbst. Man halte sich fern vom Tanz um das goldene Kalb und gehe nicht unter die Valutaspekulanten. Riesengewinne werden gemacht, jedoch sie erweisen sich als Seifenschaum: aus tausend Mark werden tausend Pfennige! P—st.

Wochenschau.

Die Gärten liegen leer. Das Obst ist verstaut oder bereits verdaut, die letzten Pflaumen auf der Chaussee sind von mutigen Kletterern gemaust, ein berechtigtes Abnehmen hätte den Arbeitslohn nicht gedeckt. Täglich werfen die Bäume mehr Blätter ab, bald werden sie als Besen in die Luft ragen. Allmorgendlich steckt der Stammtischwetterprophet die Nase vorsichtig durch einen Fensterspalt. Nein, die Natur hat sich noch immer nicht nach seinen bösen Ahnungen gerichtet. Es ist immer noch warm, und der Kohleneimer kann weiter in der Ecke träumen. Verdrießlich will der allwissende Nörgler das Fenster schließen, da fällt sein Blick auf eine Schar Spatzen. „Und es gibt doch Regen, denn die Spatzen baden im Dreck". Herr Miesmacher atmet auf, er hat wieder Ursache allen Bekannten gegenüber zu unken und ihnen die Laune zu verderben. Die Spatzen aber fliegen auf die Dächer und piepen die diskretesten Stadtneuigkeiten in die Straßen hinab. „Piep, gestern Abend war die kleene X. mit dem Hans im Dunkeln an der Ecke. Piep, die Frau Y. hat bei ihrem Logieherrn eine Haarnadel gefunden. Piep, bei —. ist der Gerichtsvollzieher gewesen. Piep, piep, piep!" Neugierig horchen die männlichen und weiblichen Klatschhasen auf. Gottlob, sie haben wieder Stoff für ihre heutige Stadtrunde. Das müssen wir dem Wochenschauer erzählen, das muß in die Zeitung!" Der Wochenschauer aber wird sich schön hüten, Spatzengeschwätz auszuplaudern. Ihm ist ernster zumute, die drohenden Wolken über unserm Vaterland, die Anzeichen der kommenden wirtschaftlichen Nöte tauchen mahnend vor ihm auf und doch will er dem Herrn Miesmacher nicht ins Handwerk pfuschen. Wir Deutschen sind ja leider bei dem Wahlspruch angelangt „Komm's, wie es will, wir halten still." Ob und wann wir diese Schildkrötenhaut einmal abwerfen, weiß nur der Himmel. Bis dahin ziehen wir vorsichtig den Kopf ein und lassen, wer Lust dazu hat, auf uns herumhämmern. F. G. D.

— Naunhof. Nach dem neuen am 26. Oktober in Kraft tretenden Fahrplan verkehrt auf der Linie Leipzig—Döbeln—Dresden der Nachtzug nach Naunhof 10 Minuten später, also ab Leipzig Hbf. abends 11,30, in Naunhof 12,04.

— Naunhof. Am Mittwoch, den 26. Oktober veranstaltet der Gesangverein „Concordia" im Goldnen Stern seinen Theater-Abend. Unter persönlicher Leitung des Dirigenten Herrn Musikdirektor F. Blohm wird das Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Rudolf Kneisel, Musik von Richard Thiele: „Die Lieder des Musikanten" zur Aufführung gelangen. Der gesamte Reinertrag wird dem Fond zur Errichtung eines Ehrenmales überwiesen. An-